

# Vorwärts

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen  
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Goldschmidtstr. 5/6 bis 6 Uhr  
Verleger: Socotra-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Der falsche Zollernprinz.

### Seine Vernehmung in Köln. — Er lacht über die ihm Aufgefessenen.

Köln, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der am Freitag vorang in Euskirchen verhaftete falsche Hohenzollernprinz ist inzwischen nach Köln gebracht worden und dort von der Polizei am Sonnabend morgen einem längeren Verhör unterzogen worden. Dabei hat Domela recht interessante Ausführungen gemacht, die wieder einmal zeigen, wie leichtgläubig die monarchistischen Kreise auf seine Schwindeleien hereingefallen sind, die in ihm den Prinzen von Preußen alias Prinzen von Lieben alias Baron Korff

sahen. Seine Gastrolle als Prinz begann in dem hochfeudalen Heidelberger Studentenkörper Sago-Borussia. Er fährte sich damit ein, daß er im Klublokal des Korps den ersten Chargierten zu sich bitten ließ und sich diesem als Prinz von Lieben vorstellte mit der Motivierung, daß sein jüngerer Bruder im nächsten Jahr in Heidelberg studieren wolle und dem Korps beizutreten beabsichtige. Er wolle sich das Korps deshalb einmal näher ansehen. Domela stieß auch nicht auf das geringste Mißtrauen, trotzdem er einen Anzug trug, der ihm im entgegengesetzten Fall die Möglichkeit, daß es sich um einen Prinzen von Lieben handele, sehr zweifelhaft hätte erscheinen lassen. Aber Graf Rothkirch-Teusch und seine Korpsbrüder kamen nicht auf den Gedanken, daß es sich um einen falschen Prinzen handele. Auch Graf Herzberg nicht, der für ihn die Feste bezahlte und ihm noch etwa 150 Mark pumptet! Bis schließlich der alte Herr des Korps Graf Arnim Stolzenburg anscheinend doch etwas mißtrauisch wurde und den Prinzen nach einigen Chargen des 4. Reiterregiments fragte und dafür die sehr prinziplich schnoddrige Antwort erhielt: das könne er ja in der Rangliste selber feststellen!

Domela wurde der Boden denn doch zu heiß, und er verschwand nach Mitteldeutschland. Ihm war inzwischen seine

Mehrlichkeit mit dem jüngeren Wilhelm aufgefallen, und er beschloß, seine Rolle als solcher mit dem Intendanten Baron Korff weiter zu spielen. In Erfurt stieg er im Hotel Rosenhäuser ab, verlangte eine hochfeudale Zimmersucht in der ersten Etage, ließ sich sofort, weil man anscheinend an seiner Echtheit zweifelte, ein Telefongespräch mit seinem „Bruder“, dem Prinzen Louis Ferdinand, herstellen, von dem er genau wußte, daß er nicht in Potsdam sei, führte das Gespräch in entsprechender Form und hatte damit „seine Echtheit dokumentiert“. Eine größere Geldsumme, etwa 3000 M., verschaffte er sich von dem Hamburger Arzt Dr. Weiland, über dessen persönliche Beziehungen zu ihm er die Auslage verweigert. Bei der Erzählung seiner Abenteuer gibt sich Domela einer sehr amüsannten Stimmung hin. Er sagt selbst: Nicht wahr, ich habe doch

den Hauptmann von Köpenick glatt geschlagen? Und dann ging es weiter. Seine Anwesenheit wurde von der Presse lebhaft kommentiert. Aber da kam ein Telegramm, das einen gewissen Herrn von Berg als Hotelgast für den nächsten Tag anbot. Man nahm an, es handele sich um den hohenzollernschen Vermögensverwalter und informierte den Prinzen. Domela wählte

verschwinden. Seine Geldmittel waren aber alle, und er pumptet sich vom Hoteldirektor einige hundert Mark und ein Auto und fuhr nach Gotha. Dort hatte er den Garnisonältesten der Reichswehr Freiherrn von Grothe von seinem Besuch verständigt. Er wurde feierlichst empfangen und bat ihn, auf die Presse einzuwirken, daß sie seine Anwesenheit nicht mitteile. Den gleichen Wunsch trug er auch später dem Kommandeur des dortigen Reichswehrregiments vor. Seine Ergebnisse im Schloßhotel in Gotha sind so amüsan, daß sie etwas ausführlicher behandelt werden sollen. Er bezog dort eine fürstliche Sechszimmerwohnung. Als seine Anwesenheit bekannt wurde, wurde er

von den Angehörigen der ehemaligen Hofgesellschaft empfangen.

Wir nennen: von Bassewitz, den früheren herzoglichen Ministerpräsidenten, weiter Freiherrn von Wangenheim, die Freiherren von Krosigk und von Blücher. Weiter eine ganze Anzahl Herren und vor allem Damen der ehemaligen Hofgesellschaft.

Als er mit einem Major a. D. in der Hotelhalle sah, erschien sehr unterwürdig Oberbürgermeister Dr. Scheffler-Gotha mit ehrsüchtvoller tiefer Verbeugung. Er hatte die Absicht, „Seiner Kaiserlichen Hoheit“ seine Aufwartung zu machen, wogte das aber nicht, weil der Prinz in Gesellschaft war. Später ließ er den Prinzen fragen, wann er vorsprechen dürfe. Dieser gab dem Oberbürgermeister die Ehre, persönlich im Rathaus zu erscheinen. Auf die Frage Dr. Schefflers, ob Kaiserliche oder Königliche Hoheit die richtige Anrede sei, sagte ihm Domela, daß er zwar auf diese Titel Anspruch habe, aber bei älteren würdigen Herren es ihm durchaus genügen würde, wenn man ihn einfach mit Prinz Wilhelm anreden würde. Scheffler fühlte sich sichtlich geschmeichelt und machte von dieser Anrede Gebrauch. Köstlich ist auch, wie Domela über seine Unterhaltung mit von Bassewitz und den übrigen hohen Herren lächelnd plaudert. Politisch besonders interessant ist die Tatsache, daß sich nicht nur Reichswehroffiziere bis in die höchsten Spitzen, sondern auch hohe Offiziere der thüringischen Landespolizei von ihm täuschen ließen. Recht nett ist auch das Erlebnis mit einem Hofbäckermeister, der in sinnloser Besoffenheit nichts Besseres zu tun wußte, als

dem Prinzen die Hand zu küssen.

Als Domela endlich doch der Boden zu heiß wurde, verschwand er nach Westdeutschland, wo er dann in Euskirchen in der bekannten Weise vor dem Eintritt in die Fremdenlegion bewahrt wurde.

Domela betont ausdrücklich, daß er keiner Partei angehört und auch niemals einer solchen angehört habe. Der ganze „Partei-schwindel“ widere ihn an. Natürlich habe er auf Grund seiner ganzen Erziehung eine konservative Weltanschauung. Seine Handlungsweise entspringe lediglich seiner wirtschaftlichen Notlage und einer gewissen Lust am Abenteuer. Er hat nur den einen Wunsch, nicht nach Gotha abtransportiert zu werden, weil er die Herrschaften doch zu stark hineingeliegt habe.

# Klassenkampf und Koalitionspolitik

### Eine politische Auseinandersetzung.

Von Eduard Bernstein.

Als die Frage der Bildung der Großen Koalition von neuem akut wurde, erklärte ein volksparteilicher Politiker, er halte jede Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten für widersinnig, solange diese nicht ihrer Lehre vom Klassenkampf des Proletariats den Abschied gegeben haben. Ein Ausspruch, der anscheinend dadurch gerechtfertigt wird, daß es im sozialistischen Lager wiederum Leute gibt, die ihrerseits eine Regierungskoalition der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien für ein Preisgeben des rechten Klassenkampfgedankens oder mindestens das Betreten einer schiefen Ebene halten, die zu jener Preisgabe hinabführe. Ähnliche Gedanken sind auch, wenn gleich in anderer Form, von bürgerlichen Anwälten der großen Koalition geäußert worden, und so wird es zeitgemäß sein, einmal zu untersuchen, ob etwas, und was etwa, an ihnen richtig ist.

Zunächst, was haben wir unter Klassenkampf zu verstehen?

Das Wort ist als politischer Begriff durch Karl Marx und Friedrich Engels in die Literatur eingebürgert worden. Der erste Abschnitt des Ende 1847 von ihnen verfaßten Manifestes der Kommunistischen Partei beginnt mit dem Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Das war jedoch, wie jeder im Grunde sich selbst sagen konnte und auch in späteren Aufsätzen von Marx und Engels unzweideutig niedergelegt ist, nicht so zu verstehen, daß die Geschichte der Menschheit aus einer ununterbrochenen Reihe von Klassenkämpfen bestanden habe. Es zeigt nur an, daß sich durch die Geschichte der Menschheit, seit diese überhaupt Klassenunterschiede kennt, sich auch die Bildung von mehr oder weniger scharf abgegrenzten Klassen zieht, die in sozial empfundenen Gegensatz zu anderen Klassen treten, mit ihnen in dem Grade, wie sie sich entwickeln und kräftigen, sich zuspitzende Kämpfe führen, deren Ergebnis, nachdem diese Kämpfe eine gewisse Höhe erreicht haben, eine politische Umgestaltung und soziale Neugliederung der Gesellschaft ist. Solche Gegensätze und Kämpfe haben in der Vergangenheit, sagt das Manifest, zwischen Freien und Sklaven, Patriziern und Plebejern, Adligen und Leibeigenen, Feudalherren und Bürgern gespielt, bis sich aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft die moderne bürgerliche Gesellschaft entwickelt hat. Diese aber hat, sagt das Manifest weiter, „die Klassen-gesegnisse nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestalten des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.“

Die zwei großen Klassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft nun, deren Entwicklung, Wachstum und Interessenkampf gegeneinander durch die dieser Gesellschaft zugrunde liegende kapitalistische Produktions- und Wirtschaftsweise bewirkt werden, sind, wird alsdann ausgeführt, die Klasse der Kapitalisten; anders ausgedrückt: die Bourgeoisie und die Klasse der nichtbesitzenden Arbeiter, das Proletariat. Eine Feststellung, die heute kein Rationalökonom mehr bestreitet, der ernst genommen sein will.

Das Proletariat aber könne sich von der Beherrschung und Niederdrückung durch die Macht des Kapitals nur befreien, wenn es sich nicht auf berufliche Organisationen für gelegentliche wirtschaftliche Kämpfe beschränkt, sondern vor allem sich als politische Partei seiner Klasse behufs Erhaltung der politischen Macht organisiere. Die Umwandlung der vom Kapital beherrschten Gesellschaft in ein Gemeinwesen ohne Klassen und Klassengegensätze habe die Verfügung der Arbeiterklasse über die Staatsgewalt zur Vorbedingung.

Ueber das Wie dieser Umwandlung drückt sich das Manifest frei von jeder utopistischen Spekulation aus. Hinsichtlich der revolutionären Maßnahmen, die nach ihm das zur politischen Herrschaft gelangte Proletariat ergreifen werde, schreibt es selbst, daß sie „zunächst natürlich unzureichend und unhaltbar erscheinen“, bemerkt aber dann, daß sie im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben werden. Sie werden, fügt es bedeutsam hinzu, „je nach den verschiedenen Ländern verschieden“, das heißt, jeweilig vom Höhestand der sozialen Entwicklung bestimmt sein.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, führte das Manifest in seiner ersten Ausgabe zehn Gruppen von Maßregeln vor, die in den vorgeschrittensten Ländern voraussichtlich „ziemlich allgemein zur Anwendung kommen können“. Doch erklären Marx und Engels im Vorwort zur 1872 erschienenen Neuausgabe des Manifests, daß zwar die in ihm entwickelten allgemeinen Grundsätze trotz der inzwischen vor sich gegangenen Veränderung in den Verhältnissen im großen und ganzen noch ihre volle Richtigkeit behalten, auf die als deren praktische Anwendung vorgeschriebenen revolutionären Maßregeln dagegen „durchaus kein besonders Gewicht gelegt“ werde. Dieser Abschnitt würde in Anbetracht jener Veränderungen nunmehr „in vieler Beziehung anders lauten“, sei „stellenweise veraltet“.

Hieraus geht deutlich hervor, daß die Meister des wissenschaftlichen Sozialismus den verkündeten Klassenkampf des Proletariats nicht als in bezug auf Einzelheiten festgelegte Formel, sondern als richtunggebenden Grundgedanken der Politik einer großen geschichtlichen Frei-

# Englands Zusammenbruch in China.

### Die Räumung von Süd- und West-China im Gange.

London, 8. Januar. Eine Reutersmeldung aus Peking besagt: Die Tatsache, daß Hunderte von britischen Staatsangehörigen, die in China friedlich ihren rechtmäßigen Geschäften nachgingen, einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt waren und von ihrem Heimstätten vertrieben wurden, wobei sie so gut wie ihre ganze Habe im Süde lassen mußten, wird hier als ein sehr ernster Schlag gegen das britische Prestige in ganz Asien angesehen, wobei auf die vermutlichen Auswirkungen dieser Ereignisse in Indien hingewiesen wird.

Für die Räumung von Tschengtsu und anderen Plätzen in der Provinz Szechuan und anderen Teilen Süd- und West-Chinas durch die britischen Staatsangehörigen sind alle Vorbereitungen getroffen worden. In einigen Orten hat die Räumung bereits begonnen.

### Die englische Flagge niedergeholt.

Schanghai, 8. Januar. (Reuters.) Eine Meldung aus einer japanischen Quelle in Hankau besagt: „Die Flagge weht nicht mehr über dem britischen Generalkonsulat. Von gestern vormittag an halten chinesische Truppen das Konsulatsgebäude bewacht, wo sich der Generalkonsul Goffe noch aufhält. Die britischen Einwohner, die sich noch in Hankau befinden, haben sich in die Gebäude der Hongkong- und Schanghai-Bank und der britischen Petroleumgesellschaft geflüchtet, die von chinesischen Truppen und Streikposten bewacht werden. Die britische Niederlassung wird jetzt von einem Fünfer-ausschuß verwaltet, der aus Mitgliedern der Ortsgruppe der Kuomintang-Partei ausgewählt ist.“

Eine weitere Reutersmeldung aus Schanghai erklärt unter Hinweis auf die heftige englischfeindliche Propaganda in chinesischen Blättern, es sei keine Hebertreibung, wenn man erkläre, daß die Lage der Engländer in China noch nie zuvor so schwierig gewesen sei.

London, 8. Januar. (E.P.) Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanische Regierung beschlossen hat, vorläufig keine neuen Kriegsschiffe nach China zu entsenden, weil sie nicht glaube,

daß das Leben der dort niedergelassenen Japaner gefährdet sei. Die Regierung wird weiterhin eine Politik der strikten Neutralität befolgen.

### Die amerikanische Ostasienslotte bereitgemacht.

New York, 8. Januar. (U.I.) Der in Manila stationierte Admiral Williams, der ursprünglich zur Beobachtung der Lage in China dorthin gehen sollte, hat auf Grund eines Kabinettsbeschlusses den Auftrag erhalten, sofort aufzubrechen, um das Kommando über die aus 24 Einheiten bestehende ostasiatische Flotte Amerikas zu übernehmen.

### Londons Sorge vor der „Weltrevolution“.

London, 8. Januar. (W.B.) Die Blätter besaßen sich weiterhin eingehend mit den Ereignissen in China und nehmen dazu teilweise in scharfer Form Stellung. Die rechtsradikale „Morning Post“ bezeichnet Moskau als den „wirklichen Feind“. Sie schreibt, die britische Note sei ein Fehlschlag, und schlägt als Erwiderung auf die teilweise Räumung Hankaus durch die Engländer die Ausweisung der Sowjetimmigranten vom britischen Boden vor.

### Korrektur von Grevesmühlen.

### Die verurteilten Reichsbannerleute begnadigt.

Schwerin, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der mecklenburgische Justizminister hat die im vorigen Jahre in dem aussehenerregenden Prozeß wegen Landfriedensbruch verurteilten Reichsbannermitglieder begnadigt. Die Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Braun und Dr. Bärensprung, zogen daraufhin die eingelegte Revision zurück. Mit diesem Akt hat die mecklenburgische republikanische Regierung einen der größten Verstöße gegen das Recht und die Republikaner wiedergutmacht.

Heilsberaubung aufgefaßt wissen wollten. Sie haben denn auch, wenn sie von sozialistischen Parteiführern um ihren Rat über Fragen der Parteitaktik angegangen wurden, ihn stets in diesem Sinne erteilt, das heißt, wie die taktische Formel über die große politische Aufgabe siegen lassen. Unter anderem legt davon Zeugnis ab ein Brief, den Engels mir am 23. Mai 1884, als eine Neuwahl des Reichstags vor der Tür stand, über die Wahltaktik der Partei schrieb. Die betreffende Stelle lautet:

„Singer war hier, ich habe ihm unter anderem meine Ansicht wegen der Taktik bei Stichwahlen gesagt. Ich halte es nämlich für unsinnig, dafür eine für alle Fälle gültige Regel aufstellen zu wollen. Die ja auch in Wirklichkeit nie eingehalten wird. Wir haben da eine große Macht in der Hand, die total unbenutzt bleibt, wenn Wahlenthaltung in allen Fällen proklamiert wird, wo keiner der Unserigen in Stichwahl ist. Ich sagte ihm sogar, daß z. B. in Orien wie Berlin, wo der Wahlkampf ganz zwischen uns und dem Fortschritt (dem Vorläufer der heutigen Demokratischen Partei. Ed. B.) liegt, Verträge vor der Hauptwahl nicht ausgeschlossen seien: ihre Iretur sind diese Wahlbezirke ab, dafür wir auch jene — natürlich nur, wenn man auch darauf rechnen kann, daß es eingehalten wird. Was mir ungeschickt erscheint, ist nur dies: auf Kongressen im voraus allgemeine gültige Regeln aufstellen wollen für taktische Fälle, die der Zukunft angehören.“

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie sehr und um welchen Zweckes willen der zuletzt entwickelte Vorschlag von der damals und noch später in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschenden Auffassung hinsichtlich der bei Wahlen zu beobachtenden Taktik abwich, so wird man keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, wie sich Friedrich Engels heute zur Frage der Koalitionspolitik stellen würde. Er würde den Entschluß von keiner Rücksicht auf formale Gesichtspunkte, sondern nur von der voraussichtlichen Rückwirkung auf die allgemeine politische Lage und Entwicklung abhängig machen. So haben er und Marx in allen Fällen entschieden, wo doktrinaire Spekulationen und scheinradikale Schlagworte gegen das große politische Interesse der Arbeiterklasse an der Verwirklichung und Befestigung der Demokratie ausgespielt wurden, haben sie schon im Manifest selbst im Abschnitt über den sogenannten „wahren“ Sozialismus solchen Doktrinarismus auf das schärfste verurteilt.

Sie waren nicht blind gegen die Schwierigkeiten der von ihnen für notwendig erkannten Politik und daher auch frei davon, die Voraussetzungen zu unterschätzen, die gegeben sein mußten, sollten die für die Durchführung dieser Politik erforderlichen Schritte ihren Zweck erfüllen. Der Satz im oben zitierten Stück, „natürlich nur, wenn man auch darauf rechnen kann, daß es eingehalten wird“, spricht dafür deutlich genug.

Ihn sollten sich auch die Mittelparteien gefaßt sein lassen, die die Notwendigkeit der Erhaltung der Republik für Deutschland erkannt und begriffen haben, daß diese ohne die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht sichergestellt werden kann. Man ist in jenen Kreisen nur zu geneigt, Forderungen, welche die Sozialdemokratie in einer Koalition stellen muß, soll sie sich nicht selbst aufgeben, als Sache bloßer Laune oder eines Kapitulationsbedürfnisses des Tages zu betrachten und zu behandeln. Es ist nicht genug davor zu warnen, dieser Neigung nachzugeben. Die Sozialdemokratie hat Beweise genug dafür geliefert, daß sie den bürgerlichen Mittelparteien keine Opfer zumutet, die sie nicht bringen können, ohne an ihrer Seele Schaden zu nehmen, sie muß und darf daher das gleiche von ihnen verlangen.

Bergeße man nicht, daß ohne die Lehre vom Klassenkampf, wie Marx und Engels sowie auch Ferdinand Lassalle sie ihr verstanden haben, die Sozialdemokratie in Deutschland nie die große, einheitliche und weitsehende politische Partei geworden wäre, die sie heute zum Segen des deutschen Volkes ist.

Ein Vertreter der Sowjetregierung ist in Rio de Janeiro eingetroffen, um Handelsbeziehungen mit Brasilien anzuknüpfen.

## Partei Halb- und-Halb.

Deutschnational — die einen für, die andern gegen!

Die Erklärung des Grafen von Seidlitz-Sandrecht, die wir im Morgenblatt wiedergaben, läßt keinen Zweifel darüber, daß die führende Gruppe in der Deutschnationalen Partei unentwegt an der monarchistischen Propaganda und an der Gegnerschaft gegen die Verständigungspolitik festhalten will. Besonders, da sie gleichzeitig durch die Abschüttelung Voebells unterstrichen wurde.

Jetzt kommt aber aus Wiesbaden die Meldung, daß dort der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Dr. v. Dryander aus Anlaß der Stadtverordnetenwahlen eine Rede gehalten, in der er nach dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ erklärte, daß die Deutschnationalen Partei heute auf dem Boden der Republik stehe und daß sie den heutigen Staat als ihren Staat betrachte. Aus dieser Einstellung leitete Dr. von Dryander den dringenden Wunsch der Deutschnationalen Partei her, an der Regierung beteiligt zu sein, und rügte die deutschnationalen Kreise, die bisher den Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann immer wieder angegriffen haben. Dr. Stresemann brauche alle Autorität, einmal als Außenminister, zum anderen Mal auch als Vorsitzender einer Partei, mit der sich die Deutschnationalen auf das innigste verbunden fühlen.

An dieser Äußerung Dryanders ist zweierlei interessant: erstens, daß die von ihm vertretenen Deutschnationalen im Gegensatz zu Westarp die Republik anerkennen und sie gar als „ihren Staat“ betrachten; zweitens, daß die Deutschnationalen sich mit der Partei Scholz „ausinnigste verbunden“ fühlen!

Nun mögen die Westarp-Leute sich mit Dryander und Voebell auseinandersetzen. Für uns aber wie für jeden Republikaner bedarf auch der zweite Teil der Ausführungen besonderer Beachtung: Scholz ist gleich Westarp, Westarp gleich Scholz! Auch wenn es noch einige Reibungen geben sollte.

## Zentrum gegen Curtius.

In einer Auseinandersetzung mit der Hugenberg-Presse, die noch immer für eine Reichstanzerschaft Curtius Reklame macht, wiederholt die „Germania“ ihre Ansicht, daß ein Kabinett Curtius keine Aussicht habe, vom Zentrum unterstützt zu werden. Und sie fügt hinzu:

„Eine gesamtbürgerliche Regierung Curtius wäre eine ausgesprochene Rechtsregierung, die für das Zentrum bestimmt nicht in Frage kommt. Ist eine Regierung mit den Deutschnationalen für das Zentrum an sich schon eine unerbauliche Angelegenheit, so ist diese Regierung mit dieser volksparteilichen Spitze für das Zentrum erst recht völlig unmöglich. Aber auch eine Regierung der Mittelparteien unter Curtius müßte ihren Schwerpunkt nach rechts verlegen, und man könnte von einer Mittelregierung kaum noch reden. Auch diese Verschlebung der politischen Kräfte wird das Zentrum nicht mitmachen. Das ist unsere Meinung, hinter der, dem „Total-Anzeiger“ sei es zwecks Vermeidung überflüssiger Dementis gesagt, kein offizieller Beschluß der Fraktion steht, die sich aber deckt mit den Auffassungen maßgebender Führer der Partei.“

Nun wird das Kabinett um die Kabinettsbildung weitergehen können. Eine Entscheidung wird selbstverständlich erst erfolgen, wenn der Reichstag wieder zusammentritt und aus diesem Grunde auch die Fraktionen wieder beraten können.

## Der Koburger bestätigt.

In der demokratischen Presse wurde kürzlich anschaulich geschildert, wie der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha seine Bezüge und das ihm vom Staat zur Verfügung gestellte Schloß dazu verwendet, um Putschjüngern in jeder erdenklichen Weise zu

helfen. Der Herr Herzog geruhen jetzt zu demerkieren. Er denkt nicht daran, „politisch“ zu sein. Nichts liegt ihm ferner als politische Betätigung. Er ist lediglich Mitglied des „Stahlhelm“ und der „Frontsoldaten“.

Der Herr Herzog haben recht. „Stahlhelm“ und „Frontsoldaten“ sind unpolitisch, gänzlich unpolitisch. Wie können sie sonst die Wehrgänger der garantierten unpolitischen Reichswehr sein? Der Herr Herzog haben recht. Die Putschfreunde sind unpolitisch, gänzlich unpolitisch und ihre Aktionen höchst legal obendrein. Wie könnte sonst ein deutsches Gericht, dessen Objektivität und Scharfbild außer Frage stehen, einem Lüttich Gehalt und Aufwertung für die Teilnahme am Kapp-Putsch zusprechen?

Es wäre nicht erstaunlich, wenn ein hohes Gericht dem Koburger ob dieser Erklärung eine Aufwertung seiner Bezüge zuerkennen würde.

## Schwarzweißrote Empörung.

Für die Nationalflagge darf kein Geld ausgegeben werden!

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat — reichlich spät — entdeckt, daß neben dem schwarzweißroten Flaggenerlaß des Herrn Luther auch ein preußischer Flaggenerlaß besteht, der es den Schulen zur Pflicht macht, bei besonderen Anlässen die Reichsfahne zu zeigen. Wo noch keine Nationalflagge vorhanden ist, soll sie angeschafft werden. Das Kultusministerium ist bereit, im Bedarfsfalle die Mittel zu erstatten. Darüber gerät das Agrarierblatt ganz aus dem Häuschen. Es rechnet vor, daß die Beschaffung der Reichsfahne für die Land Schulen allein eine Summe von 1,2 Millionen Mark beanspruchen würde, und dafür sei bei der „allgemeinen Notlage“ kein Geld da.

Daß die Agrarier stets zufriedene Lachen haben, wenn es sich um den Staat handelt, war auch ohne den Rostfrei der „Deutschen Tageszeitung“ bekannt. Die Junker werden es sich deshalb gefallen lassen müssen, daß der Staat für sich sorgt, ohne sie um Rat zu fragen. Die Rechnung der „Deutschen Tageszeitung“ geht voraus, daß die Land Schulen noch nicht im Besitz der Reichsfahne und auch nicht willens sind, sie anzuschaffen. Das ist eine Mißachtung der Nationalflagge, die sich, um in der Sprache des Agrarierblattes zu sprechen, ein ehrliebendes Volk nicht gefallen lassen kann. Das Kultusministerium hat also allen Grund, die Zustände in den Land Schulen etwas genauer aufs Korn zu nehmen und die Anstalten vor dem Terror der deutschnationalen Sippchaft zu schützen.

Das Organ der Landbändler hat noch andere Sorgen. Die preussische Regierung ist der Frage nähergetreten, ob es nicht dienlich wäre, zur Verbreitung der Reichsfarben in den Nordseebädern die staatlich unterführten Kinderheime mit kleinen Nationalflaggen zu versehen. Das ist nun schon gar nicht auszubedenken und die „Deutsche Tageszeitung“ tobt:

Man schaut sich also nicht, unschuldige Kinder zu öffentlichen Demonstrationen von Anus wegen zu gebrauchen. Damit ist allerdings der Gipfel republikanisch-pädagogischer Entgleisungen erreicht. Das erste Aufkeimen nationalen Empfindens soll schon in der Kinderseele geübt werden.

Schrecklich, wirklich schrecklich! Das „erste Aufkeimen nationalen Empfindens“ wird durch eine Verfolgung der Kinderheime mit Nationalflaggen geübt, die preussische Regierung läßt sich die Verbreitung der Reichsfahne angelegen sein — es wird Zeit, daß sich die Deutschnationalen an der Reichsregierung beteiligen! Dann wird's richtig.

Eine Zeitschrift der polnischen Minderheitsvölker erscheint unter dem Titel „Ratio“ in Warschau. Sie erscheint monatlich, hat sich die Wahrung der Interessen und Verteidigung der Rechte der in Polen lebenden nationalen Minderheiten zur Aufgabe gemacht und bringt Aufsätze in vier Sprachen (polnisch, englisch, französisch und deutsch). Die führenden Politiker der in Polen wohnhaften Deutschen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer und Juden arbeiten mit.

Den Budapest Frankensässlern wurde am Freitag zunächst ein Strauß von zwei Monaten gemährt. Die völlige Begnadigung der Fälscher wird insbesondere von einer Gruppe rechtsstehender Persönlichkeiten betrieben, die angeblich bereits 250 000 Unterschriften für ein Gnadengesuch gesammelt hat.

## Eine neue Museumsdebatte.

Der Berliner Museumsdirektor Prof. Dr. Osfor Wulff scheidet aus dem Kaiser-Friedrich-Museum aus. Der Gelehrte stellt sich mit seinem Rücktritt in Gegensatz zu der Museumsverwaltung und ihren Grundgedanken und er nimmt in dem demnächst erscheinenden Heft von Paul Westheims „Kunstblatt“ das Wort, um seine Stellungnahme zu begründen. Seine Ausführungen paden die Fragen der staatlichen Kunstpflege, ohne einen Namen zu nennen, sachlich an und versuchen, den Kurs der amtlichen Museumsverwaltung, den Wulff verurteilt, herumzuwerfen. Besonders ist es das Deutsche Museum, dessen Vorbereitung der Gelehrte mißbilligt. Was dafür gefammelt wird, ist — so führt Wulff aus — eine Ueberfülle von Werken des 15./16. Jahrhunderts und des Barock, dem Besucher wird die Vorstellung aufgeprägt, daß die deutsche Kunst erst damals ihre Blüte erreicht, das hohe Mittelalter aber, das bei uns wie in Frankreich und Italien eine große monumentale Kunst schuf, bleibt vernachlässigt. Wulff stellt dem die Arbeit des russischen Reichsinstituts für Kunstgeschichte gegenüber, wie sie eben auch in Berlin durch die Ausstellung byzantinisch-russischer Monumentalmalerei im Kunstgewerbemuseum bekannt wurde, und wünscht auch für Deutschland derartige große Wiedergaben der Wandgemälde des Mittelalters und Abgüsse der großartigen Plastik jener Zeit. Die Verjüngung in den egypten Monumentalstil des Mittelalters wurde, so meint Wulff, die Befragung unserer expressionistischen Kunstströmung, die sich heute im Tafelbild auslebt, fördern, sie für größere selbständige Aufgaben reif machen und eine Reubelebung der Wandmalerei vorbereiten.

Die Berliner Museen dagegen werden seit 50 Jahren im Geiste des privaten Kunstsammlers geleitet. Dieser sieht das Kunstwerk mit den Augen des modernen Menschen an, den eigentlich nur die „Mache“ erfreut. Zur strengen und religiösen Kunst bleibt diesem der Zugang im allgemeinen verschlossen. Meister des religiösen Bildes wie Perugino und Greco sehen in der Berliner Galerie, Ebenso fehlt die Folgerichtigkeit in der Frage Schau- und Verhauungen: bald kommen die Bilder ins Depot, bald wieder ins Museum zurück. Wulff schreibt: „Der offizielle Kunsthandel im Museum kehrt zur Ueberfülle des Lauschaubels zurück und erwirkt sich dazu die staatliche Genehmigung. Es gelang, dem ersten preussischen Kultusminister der Republik die Erlaubnis abzurufen, auf erhebliche Depotstücke als Lauschaubel zurückzuführen. Auf diese Weise mögen in dem verflochtenen Jahrgang noch einige wertvolle Neuerwerbungen gemacht worden sein, auf der anderen Seite aber wurden Werte weggegeben, die vielleicht nicht für die Schausammlung erforderlich waren, aber der wissenschaftlichen Bedeutung zum Teil nicht entbehren. In einer anschließenden Liste teilt das „Kunstblatt“ mit, daß auf diesem Wege Werke von Watteau, Rubens, Veroni und Bellini durch Lauch und Verkauf aus dem Kaiser-Friedrich-Museum fortgegeben worden sind.

Die Forderungen von Wulff sind also: Keine weitere Ausgestaltung der Kunstsammlungen nach den Gesichtspunkten der Sammelartigkeit, da der Betrachter mit den arden Geldmächten auf dem Kunstmarkt ausfindig ist. Statt dessen Ausbau der Verhauungen, auch durch Kopien in besonderen Räumen und Museumspflege für allgemeine Volksbildung. Ausbau besonders der deutschen Abgussammlung aus dem Mittelalter mit Nachbildungen

von Wandgemälden an den oberen Wandflächen. Denn eine neue Sägung für die Museen, da die Leitung durch einen Generaldirektor sich als nachteilig erwies — heute kann nicht mehr wie vor hundert Jahren ein einzelner überall der Kunstforschung folgen und eine unfehlbare allgemeine Kennerenschaft gibt es nicht. Jeder Sammlungsleiter muß im Ministerium die Bedürfnisse seiner Abteilung vertreten können. Also Demokratisierung der Verwaltung, nur mit einem Verwaltungsdirektor und einer Direktorenkonferenz. Endlich neue Bestimmungen für die Sachverständigenkommissionen, die Hälfte der Mitglieder sollte der Minister frei bestimmen.

Das jetzige System wird demnach von Wulff rückhaltlos verurteilt. Ob seine Vorschläge, die jedenfalls auf langjähriger Sachkenntnis beruhen, überall das Richtige treffen, will uns allerdings zweifelhaft erscheinen. Wulff urteilt da mehr vom Standpunkt des gelehrten Universitätslehrers als des Museumsbesuchers. Die Lehrsammlung durch die Kopien der Monumentalstil auszugestalten, das ist die Aufgabe eines kunstgeschichtlichen Instituts wie des russischen, dessen Arbeit Wulff rühmt, aber nicht eines Museums im bisherigen Sinne, das Meisterwerke der Kunst im Original vorführen soll. Der Museumsbegriff aber ist ja überhaupt in letzter Zeit sozusagen ins Fließen gekommen: wenn wie bisher weiter gesammelt wird, ist kaum abzusehen, welches Riesenausmaß dann die großen staatlichen Sammlungen annehmen werden und wer dann bei dieser Ueberfülle des Schönen aller Zeiten und Völker das überhaupt noch alles soll ansehen können, außer eben dem Spezialforscher, dem Wulff mit seinen Verhauungen besonders dienen würde. Der Gelehrte rührt damit an ein Problem, das nun einmal aufgetaucht ist und das unter Beteiligung von allen Seiten wird gelöst werden müssen, wenn die Museen nicht Riesenschauwien ohne lebendige Beziehung zum Publikum, Kunstspeicher ohne Verhältnis zur Gegenwart werden sollen.

## Kasperle.

Kasperle mit seinem rotbackigen, ewig lächelnden Gesicht, aus dessen Mitte weithin sichtbar eine schön geschwungene Nase heraustragt, ist ein aller, lieber Freund der Kinder. Generationen vor uns haben sich schon an seinem lustigen Geschwätz ergötzt. Generationen nach uns werden es noch tun. Und wir selber? Etanden wir nicht einmal Kopfen des Herzens vor dem geschlossenen Vorhang des Kasperltheaters, dicht aneinandergedrängt, auf Zehenspitzen emporgedrückt, um ja recht gut sehen zu können — noch ehe das Spiel überhaupt begonnen hatte, und vergahen angesichts des erhofften Kunstgenusses alle Herlichkeiten eines bunten, lustigen Kinderfestes? Korrosell und Schaufel und Topfschlagen, alles, alles wurde bedeutungslos, wenn der kleine Kerl da oben anfang, seinen Unsinns zu treiben. Und wenn ein Glücklicher gar unter dem Weihnachtsbaum ein eigenes Kasperltheater gefunden hätte, so war das der Inbegriff aller Seligkeit. Man konnte dann, wie es gerade paßte, selber den Kasperle und alle die anderen, die seine Gefolge und Gegnerschaft bildeten, Tod und Teufel, Schupmann und Hege, König und Königin, ihre lustigen Stücke aufführen lassen — oder, was vielleicht noch schöner war, man durfte wieder Zuschauer sein, undentbar lange Zeit hintereinander, vom Kaffeetrinken bis zum Abendessen, solange nur irgend die Weihnachtstage den Erwachsenen Zeit ließen, unsere Kinderwünsche zu erfüllen.

Das war nicht einmal immer so ganz einfach. Gewiß, ein phantasiereicher Vater oder ältere Geschwister improvisierten oft rasch ein Spiel; vor allen Dingen kam es darauf an, daß Kasperle aus allen Tüden und Kämpfen als Sieger hervorging. Kam dazu noch ein lustiger Dialog, der nicht nur auf der „Bühne“ des Theaterchens, sondern auch zwischen „Bühne“ und „Zuschauerraum“ an den Höhepunkten hin und her flog, so waren wir Kinder restlos befriedigt. Freilich, mit dem klotten Dialog haperte es manchmal, und auch der befriedigende Ausgang des Stückes konnte oft nur damit erreicht werden, daß Kasperle einen riesigen Knäuel herbeischleppte und alle seine Widersacher der Reihe nach tot schlug. Manchmal erschöpfte er sie auch zur Abwechslung oder er hängte sie auf. Das war nun gewiß kein schönes Ende, aber es war für unsere kindlichen Empfindungen wenigstens ein moralisches: Kasperle, der in unserem Herzen als der gute, lustige Kamerad unserer Kindertage einen festen Platz hatte, siegte über die Schlechten. In Wahrheit freilich war der „gute“ Kasperle bisweilen ein recht schadenfroher, heimtückischer Geißel, der die anderen einfach hinterücks überfiel. Sie prägelte oder gleich umbrachte. Zahllose Kasperlestücke hatten ihn dazu gestempelt. Nur wir merkten es nicht, weil wir „unseren“ Kasperle von vornherein für gut hielten und daraus die Schlussfolgerung zogen, daß jeder, dem er etwas zuleide tat, eben schlecht sei. (Eine Kinderlogik, die bekanntlich auch sehr vielen Erwachsenen zu eigen ist.) Aber um nun den Kindern unserer Zeit einen wirklich lustigen, liebenswerten Kasperle zu schenken, hat Fell Fechenbach sich seiner angenommen und ihn zu einem guten Republikaner erzogen, der niemanden erschleicht oder erhängt oder totschlägt, und der es nicht nötig hat, sich erst an Bier oder Schnaps zu betrinken, wenn er besonders ausgelassen sein will. Von den netten, lustigen Stücken, die Fechenbach schon in den Kinderfreundeveranstaltungen zum Jubel der Sachverständigen aufgeführt hat, sind jetzt zwei, Kasperle als Nachwächter und Kasperle als Lehrbub, in Heftchen zum Preise von 20 Pfennig erschienen, die vielen Eltern eine erwünschte Ergänzung zum Kasperltheater ihrer Kinder bedeuten werden. Auch auf proletarischen Kinderfesten wird man die hübschen, anspruchslosen Stücke gern aufführen.

T. C. Schulz.

Erfahrungen der Woche. Dienst Theater: d. Kaiser d. d. „Genossenschaft“. — Mittwoch, Casino, Theater: „Ein Tag im Variablen“. — Donnerstag, Städtische Oper: „Das Mädchen des Comen“. — Freitag, Neues Theater am Zoo: „Waldhans Gretel“. — Sonnab. Oper am Platz der Republik: „Wozzeck“.

Wochen-Vorträge. Die verunkeltene Blüte. 10. (S. 7, 9), 11.—15. (S. 9). Der Frauenberuf, seine soziale Bedeutung, 11 (7). Die Technik der Rundfunkempfangs, 12 (7). Biochemie und die Wunderwirkung der Natur, 13 (7). Was will die neuzeitliche Körperkultur, 14 (7). Filmkaufleute und Filmkaufleute, 15 (9). Schnellbomber und Filmkaufleute, 16 (7). Freuzer im Reize, 16 (7).

Versteht Gert führt ihre gesprochenen und gelagten Proleten am 16. nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, im Theater am Kurischen Dam in vor.

Die vierte staatliche Privatmusikprüfung für die Provinz Brandenburg und Berlin findet am 29. März und den darauffolgenden Tagen statt. Meldungen zu dieser Prüfung sind bis spätestens 20. Februar an das Provinzialgymnasium in Berlin-Lichterfelde, Zehlendorfer Str. 52, einzureichen.

## Um die Intervention in Nicaragua.

Amerika fängt mexikanische Waffen ab.

New York, 8. Januar. (U.) Der im Hafen von Managua stationierte amerikanische Kreuzer „Galveston“ ist ausgelaufen, um die mexikanischen Schiffe mit Munitionsladungen für Sacasa abzusaugen. Die letzten nach Zentralamerika ausgelaufenen amerikanischen Kriegsschiffe haben besondere Landungstruppen mitgenommen.

Kellogg dafür — Borah dagegen.

New York, 8. Januar. „Associated Press“ meldet aus Washington: Auf Anfragen von Zeitungsvertretern erwiderte Staatssekretär Kellogg: Den Parteikämpfen in Nicaragua, wo Amerikaner Leben und Eigentum besitzen, muß ein Ende gemacht werden, da dies das beste Mittel ist, die Interessen der Amerikaner zu schützen. (1) Im weiteren Verlauf dieser Politik kündeten die Vereinigten Staaten Marineoffiziere und sandten später beträchtliche Seestreitkräfte nach den Gewässern von Nicaragua. Zu der Bemerkung Borahs, daß die von Mexiko anerkannte Regierung Sacasa mehr Anspruch auf Verfassungsmäßigkeit habe, als die von Washington anerkannte Regierung Diaz, erklärte Kellogg: Diaz ist gemäß dem Präsidenten gewählt worden, gemäß den Bestimmungen der nicaraguanischen Verfassung. Auf die Frage, ob Mexiko nicht das Recht als souveräne Nation besitze, der Sacasa-Partei Waffen zu liefern, antwortete Kellogg: Wenn es auch keine geschriebene Bestimmung gibt, die es einem Lande verbietet, Waffen an jeden Beliebigen zu verkaufen, so war es doch ein Akt der Unfreundlichkeit gegen ein bisher als befreundet geltendes Land, der revolutionären Partei Waffen zu liefern. Selbst die Tatsache, daß Mexiko die Regierung Sacasa und nicht die Regierung Diaz anerkannt hat, ändert nach der Ansicht Kelloggs nichts daran, daß die Haltung Mexikos gegenüber Nicaragua unfreundlich sei. (1)

Präsident Diaz — ein amerikanischer Handlungsgehilfe.

Washington, 8. Januar. (U.) Nach einer Besprechung mit Coolidge erklärte Senator Borah vor Pressevertretern, die Vereinigten Staaten hätten keinen Anlaß, in Nicaragua einzugreifen. Der Präsident habe ihm keinen Beweis dafür geliefert, daß das Leben und Eigentum der Amerikaner in Nicaragua derartig in Gefahr seien, um das amerikanische Eingreifen auch nur im Entferntesten rechtfertigen zu können. Nach seiner Ansicht werde die Herrschaft des Präsidenten Diaz nur durch die Waffengewalt der Amerikaner aufrechterhalten. Wenn irgend jemand verfassungsmäßigen Anspruch auf den Präsidentenposten von Nicaragua besitze, so sei es Sacasa. Die Regierung Diaz könne nicht weiter als die rechtmäßige Regierung angesehen werden. Diaz, der damals Angestellter bei einem amerikanischen Konzern war, wurde von Amerika zum Präsidenten gemacht. Mit diesem Namen, der seine Stellung und sehr wahrscheinlich auch sein Leben amerikanischer Seesoldaten verdankt, haben es die Vereinigten Staaten fertiggebracht, einen Vertrag über das Recht der Vereinigten Staaten zu schließen, einen Kanal durch Nicaragua zu bauen.

Coolidge versucht sich zu rechtfertigen.

Washington, 8. Januar. (U.) Präsident Coolidge gab in einer Pressekonferenz im Weißen Haus eine Erklärung über die Nicaraguapolitik ab, die Licht auf die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Gesamtamerika wirft. Schon im Jahre 1878 sei in den Instruktionen für den Gesandten der Vereinigten Staaten in Mexiko der Grundsatz niedergelegt worden: „Der einzige Punkt, an dem die Vereinigten Staaten unangenehm festhalten werden, ist, daß das Leben und Eigentum amerikanischer Staatsbürger wirklich gefährdet ist.“ Es kümmere die Regierung, ob dieser tatsächliche Schutz auf dem Wege von Verträgen und Uebereinkommen oder auf dem der Anwendung von Nachtmitteln erreicht werde. (1) In neuerer Zeit habe Staatssekretär Hughes es als politischen Grundsatz aufgestellt, daß die amerikanische Regierung wünsche, dem immer wiederkehrenden Kreislauf der Revolutionen in Zentralamerika ein Ende zu bereiten. So habe sich im Jahre 1924 die Regierung der Vereinigten Staaten bereit erklärt, der Regierung Oregon in Mexiko Waffen und Munitionsvorräte aus amerikanischen Heeresbeständen zu verkaufen, um die Regierung Oregon in den Stand zu setzen, ihre gestiftete Stellung in Mexiko zu behaupten. Präsident Coolidge sei der Ansicht, die Vereinigten Staaten könnten nicht immer eingehende Untersuchungen darüber anstellen, auf welche Rechtsgrundlagen die Regierung eines fremden Landes ihre Existenz stütze, wenn sich eine de facto-Regierung vorfinde, die schließlich die Staatsgewalt ausübe und imstande sei, das Leben und Eigentum der amerikanischen Staatsbürger wie das der Bürger anderer Länder zu schützen. (1) Deshalb werde die Regierung der Vereinigten Staaten immer eine solche Regierung anerkennen, und wenn sie sich zur Anerkennung entschlossen habe, immer bereit sein, zur Unterstützung einer derartigen Regierung dieselbe Haltung einzunehmen, wie sie im Falle Oregon beobachtet worden sei.

Keine Flottenvermehrung. — Dafür Geld für die Abrüstungskonferenz.

Washington, 8. Januar. (U.) Das Repräsentantenhaus hat die Abänderungsanträge des Marinenausschusses zur Marinevorlage, in denen der Bau dreier neuer Kreuzer gefordert wurde, abgelehnt.

Präsident Coolidge brachte im Kongreß die Forderung nach Bewilligung weiterer 75 000 Dollar zur Deckung der Ausgaben für die amerikanische Delegation zur Abrüstungskonferenz ein. Er führte zur Begründung aus: „Ich bin der Ansicht, daß die vorbereitenden Arbeiten von Nutzen gewesen sind, und daß guter Grund zu der Hoffnung besteht, daß von weiteren Zusammenkünften greifbare Ergebnisse erzielt werden. Wir sollten weiterhin unsere volle Mitarbeit gewähren mit dem Ziel, sobald wie möglich eine endgültige Konferenz zustande zu bringen, auf der weitere Schritte zur Beschränkung der Rüstungen getan werden könnten.“

## Weniger Einwanderer nach Amerika.

Nur 23 000 statt 51 000 Deutsche für 1927/28 zugelassen

Washington, 8. Januar. (U.) Präsident Coolidge hat dem Senat einen Bericht überfandt, der eine Verminderung der jährlichen Gesamtzahl der Einwanderer vorschlägt, die nach den Vereinigten Staaten nach dem 1. Juli dieses Jahres zugelassen werden dürfen. Die Quote für jedes Land wird im Verhältnis zu der aus ihm stammenden Bevölkerung der Vereinigten Staaten im Jahre 1890 festgelegt werden.

Die Quoten vermindern sich durch die neue Berechnungsgrundlage sehr stark: Aus dem Britischen Freireich werden jährlich 11 000 Einwanderer gestattet werden statt der augenblicklichen 28 000, Großbritannien und Nord-Irland erhalten 73 000 statt 84 000, Deutschland 23 428 statt 51 277, Italien 4000 statt 6000, Polen 5000 statt 6000, Schweden 9000 statt 3000, Norwegen 6000 statt 2000, Dänemark 3000 statt 1000, Oesterreich 1400 statt 800.

## Wie Schulkinder wohnen.

11 Personen in einem einzigen Zimmer.

Das Schulamt des Bezirks Pantow hat auf Veranlassung der Bezirksverordnetenversammlung unter den Volksschulkindern eine Umfrage nach ihren Wohn- und Schlafverhältnissen angestellt, wobei geradezu erschreckende Zustände festgestellt werden konnten. Es ergab sich, daß von den 7750 Volksschülern, die Pantow hat, der überwiegende Teil in sehr beengten Verhältnissen lebt. Da in Pantow der Mittelstand unter der Bevölkerung überwiegt, ist dieses Resultat um so auffällender. Festgestellt wurde, daß in 14 Fällen fünf Personen in einer Waschküche hausten, in 5 Fällen 8 Personen, in 2 Fällen 10 Personen und in einem Falle 11 Personen. Stube und Küche bewohnten in 507 Fällen 3 Personen, in 534 Fällen 4 Personen, in 148 Fällen 6 Personen, in 16 Fällen 9 Personen und in 22 Fällen 11 Personen. Sehr groß ist auch die Zahl derer, die in Wohnlauben und Wohnwagen wohnen; so wurden in 16 Wohnlauben zusammen 37 Personen ermittelt, in einem Zigeunerwagen hausten 8 Personen und in einem Schuppen 6 Personen. Ueber die Schlafverhältnisse konnte festgestellt werden, daß in 2200 Fällen 3 und 4 Personen in einem Raum schliefen, in 770 Fällen 5 bis 7 Personen, in 42 Fällen 8 bis 10 und in 38 Fällen mehr als 11 Personen. Diese Zahlen zeigen nicht, wie dürrig die Wohn- und Schlafräume eingerichtet waren, denn in den meisten Fällen herrscht bitterste Armut im Hause. Helfend einzugreifen ist eine Aufgabe für Staat und Kommune.

## Schüsse in der Nacht.

Ein Raubüberfall am Sachsenbaum.

Ein Raubüberfall wurde gestern Abend auf der unbebauten Seite des Sachsenbammes zwischen dem Bahnhof Ebersstraße und der Bahnüberführung verübt. Hier liegen allerlei Lagerplätze. Einen davon hat der Metallhändler Hans Kohnmann aus der Gehlerstraße 11. Als er um 10 1/2 Uhr abends aus seinem Kontor weggehen wollte, war die Tür von außen mit Balken und dergleichen verstellt. Während er sich nach dem Ausgang freizumachen, wurde das Fenster eingeschlagen und ein Mann rief mit gegogenem Revolver von draußen her „Hände hoch oder ich schieße!“ und verlangte die Herausgabe der Brieftasche. Kohnmann aber ergriff ein Beil, schlug dem Räuber die Waffe aus der Hand und gab selbst einen Schuß auf ihn ab. Nunmehr flüchtete der Mann. Die Nachforschungen der Revierpolizei blieben zunächst erfolglos. Durch Blutspuren am Fenster und an der Wand der Rube wurde festgestellt, daß der entkommene Räuber erheblich verletzt sein mußte. Er hatte auch, als er die Flucht ergriff, laut aufgeschrien. Der Revolver, der gefunden wurde, enthielt 6 scharfe Patronen. Die Schöneberger Kriminalpolizei, die allen Spuren nach in der Nacht nachging, ermittelte, daß sich auf der Rettungsstelle 34 in der Borbergstraße zu Schöneberg nicht weit vom Sachsenbaum entfernt, ein Kesselschmied Anton G. in der Nacht den rechten Unterarm hatte verbinden lassen. Er hatte angegeben, daß er in Schöneberg am Sachsenbaum überfallen worden sei und einen Schuß durch den Unterarm erhalten habe. Die Rettungsstelle hatte ihn nach Anlegung eines Verbandes nach dem Krankenhaus gebracht. Es wird vermutet, daß dieser Vorgang mit dem verühten Raubüberfall in Verbindung steht.

## Keine Grippeepidemie in Berlin.

Gegenüber alarmierenden Meldungen über eine außerordentliche Ausbreitung der Grippekrankungen in Berlin, für die die Berliner Krankenhäuser angeblich nicht mehr ausreichen, wird von maßgebender Seite mitgeteilt, daß nach den amtlichen Feststellungen am gestrigen Freitag in den städtischen Krankenhäusern insgesamt 400 Grippekrante festzustellen waren. Nach Aufstellung der Karte handelt es sich dabei fast ausschließlich nur um Erkältungskrankheiten, also um die sogenannte „Saisongrippe“, wie sie bei diesem feuchten Wetter an der Tagesordnung ist, nicht aber um die schwere spanische Grippe. In den letzten acht Tagen sind infolge Grippe drei Todesfälle aus den städtischen Krankenanstalten gemeldet worden. Diese Zahlen können bei einer Einwohnerzahl von 4 Millionen keinen Anlaß geben, von einer Epidemie zu sprechen. Das Hauptgesundheitsamt hat für alle Fälle Vorkehrungen getroffen, um bei einem plötzlichen Anschwellen der Grippekrankungen und vor allem bei dem Eintritt schwererer Fälle gerüstet zu sein.

## Protest gegen den neuen Mietwucher.

Die in der letzten Zeit ergangenen Massenkündigungen von Gewerbe- und Geschäftsräumen und die erfolglos untragbaren Mietzuserhöhungen haben fünfzig Berliner Spitzenverbände des Handwerks, Handels und Gewerbes veranlaßt, die gesamte Berliner Mieterschaft unter Führung des Bundes Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine e. V. (gegründet 1900) zu einer großen öffentlichen Protestkundgebung gegen die Aushebung des Mieterrechtes und für den Schutz von Wohnung und Existenz aufzurufen. Die Kundgebung findet am Sonntag, den 9. Januar 1927, vormittags 11 Uhr, im Berliner Konzerthaus (Clou), Eingang Rauerstraße, statt. Als Referenten sind vorgelesen Bundesvorsitzender Herrmann-Dresden und Landesverbandsvorsitzender Gramme-Berlin. Außerdem sprechen Vertreter des Handwerks, Handels und Gewerbes. Die Vertreter der Behörden und der politischen Parteien aller Richtungen sind eingeladen. Die Freigabe der Gewerbe- und Geschäftsräume hat die Vermieter und Hausbesitzer vor Uebermut offenbar toll gemacht. In der Tauentzienstraße wird von einem Geschäftsmann, der eine Jahresmiete von 16 000 M. zu zahlen hat, ab 1. April eine Miete von 80 000 M. gefordert, also 500 Proz. der Jahresmiete. In vielen Fällen sind ähnliche, zum Teil sogar noch höhere Forderungen gestellt worden. Die Veranstaltung am Sonntag wird noch ganz andere Dinge an das Licht der Öffentlichkeit ziehen. Angehörige dieser Tatsachen wird dem Minister Hirtfelder wohl nichts weiter übrig bleiben, als seine Verordnung vom 11. November über die Freigabe der Geschäftsräume zurückzuziehen.

## Ein Trockenangler.

Seit Oktober v. J. betrieb ein 29 Jahre alter Schneidergeselle Walter S., der jetzt festgenommen wurde, das für ihn recht einträgliche Geschäft der Trockenangerei. Er hatte auf den Bestellungen, die er für seinen Meister beforderte, Gelegenheit, in viele Häuser zu kommen und zu beobachten, wie auf den Balkonen an der Hinterfront Peize zum Auslüften, geschmierte Stiefel zum Trocknen, Wäsche zu dem gleichen Zweck, aber auch Gänse und Hase zur Kühhaltung aufgehängt wurden. Im Oktober beschloß er, seine Arbeit aufzugeben und durch Trockenangerei seinen Lebensunterhalt bequemer zu verdienen. Zunächst kundschafte er als Hosiängler aus, wo etwas zu holen war und stellte dann zunächst fest, ob ein Balkon vom Flurenfenster aus zu erreichen war. Er befestigte an dem einen Ende eines Stodes einen Hochtasten, warf die Angel nach dem Balkon hinunter, zog heraus, was dort hing oder stand, steckte die Beute in einen Kuchel und verschwand damit. Auf diese Weise erlangte er zum Teil recht wertvolle Sachen, z. B. einen Perzpelz im Werte von 6000 Mark. Was ihm in die Hände fiel, verlegte oder verkaufte er am Kurfürstendamm. Am Weihnachtsabend wäre der Angler beinahe erwischt worden. Eine fette Gans war so schwer, daß sie den Haken von dem Stod abriss und auf den Hof hinabfiel. Er eilte hinunter und hatte den Vogel gerade in seinem Kuchel verstaft, als der Pförtner des

Hauses erschien, der ihn zur Rede stellte. Da sagte er so jämmerlich, daß er habe betteln müssen, weil er Hunger leide, daß der gutherzige Mann ihn mit in seine Küche nahm und ihm Kaffee und eine Stulle gab. Dann ließ er ihn gehen. Gestern wurde der Spezialist in einem Hause in der Landauer Straße, in dem er schon einmal mit Erfolg geangelt hatte, von dem Pförtner auf frischer Tat erwischt und festgenommen. 24 Diebstähle gibt er zu.

## Untergrundbahn bis Lichtenberg.

Der Magistrat hat der Stadterordnetenversammlung jetzt die seit langem erörterte Vorlage über die Weiterführung der Untergrundbahn nach Lichtenberg und Friedrichsfelde zugehen lassen. Schon in den Jahren 1912 und 1914 hatte die Hochbahngesellschaft die Zustimmung der Stadt und die Genehmigung der Aufsichtsbehörden zum Bau und Betrieb dieser Linie erhalten. Vorbedingung des Baubeginnes war für die Gesellschaft die der Stadt obliegende Durchführung der Verbreiterung der Landsberger Straße am Alexanderplatz. Die Verbreiterung ist noch nicht durchgeführt; aber mit Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse läßt sich der Baubeginn nicht länger hinauschieben. Inzwischen hat sich ja auch das Verhältnis der Stadt zu dem Unternehmen der Hoch- und Untergrundbahnen gänzlich geändert.

Nach dem früheren Entwurf sollte die Lichtenberger Linie auf Bahnhof Klosterstraße abzweigen. Abweichend hiervon wird sie jetzt als selbständige Bahn geplant, deren Ausgangspunkt der Alexanderplatz sein soll. Sie soll von hier, unter Vermeidung des früheren über den Büschingplatz gehenden Umweges, auf kürzestem Wege zur Frankfurter Allee geführt werden und nicht schon am Bahnhof Frankfurter Allee, sondern in Friedrichsfelde enden. Als Bahnhöfe sind vorgesehen: Alexanderplatz, Strausberger Platz, Remeler Straße, Petersburger Straße, Rainyer Straße, Lichtenberg-West (im Kreuzungspunkt Ringbahn), Lichtenberg-Ost (an der Magdalenenstraße), Lichtenberg-Ost (im Kreuzungspunkt Ostbahn und Borortbahn). In dem letztgenannten Bahnhof wird sich ein bequemer Uebergang zum Bahnhof Lichtenberg, Friedrichsfelde der Reichsbahn schaffen lassen.

Die gesamten Kosten des Baues einschließlich Betriebsausrüstung sind auf 75 Millionen Mark veranschlagt. Bis zur endgültigen Regelung der Anlage, durch die diese Mittel beschafft werden müssen, soll die Veranschlagung vorläufig erfolgen. Der Verkehr, den man für diese Linie erwarten darf, wird auf jährlich 46 Millionen Fahrgäste geschätzt.

## Eröffnung des deutschen Krüppelmuseums.

Die heute stattgefunden feierliche Eröffnung des Deutschen Krüppelmuseums im Oskar-Helene-Heim in Dahlem sah ein sehr zahlreiches Auditorium versammelt, das in der Freude an der nimmermüden Rührigkeit der Schöpfer der Deutschen Krüppelfürsorge sich eingefunden hatte. Zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden waren anwesend, ebenso ein Vertreter der österreichischen Staatsregierung, der Direktor Karl Snam, Oberleiter der Hilfsschulen der Stadt Wien. Der Magistrat der Stadt Berlin war durch Professor v. Drgalski vertreten. Die Anwesenden wurden begrüßt von dem Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, Geheimrat Dr. Conze. Professor Dr. Biesalski, der geistige Schöpfer des Museums der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge und des von ihm geleiteten Oskar-Helene-Heims, führte in seinem einleitenden Vortrag aus, welche Wichtigkeit die deutsche Krüppelfürsorge für die Volkswohlfahrt neben den anderen Fürsorgebestrebungen besitz. In Anbetracht seiner Verdienste überreichte Geheimrat Dr. Conze, der Vorsitzende des Vereins, Herrn Professor Dr. Biesalski die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft. Herr Ministerialdirektor Professor Dr. Dietrich gedachte der hochherzigen Stifter des Oskar-Helene-Heims, der verstorbenen Oskar und Helene Pinitz, und gab einen geschichtlichen Ueberblick über das Wachsen und die Tätigkeit der Vereinigung. Ebenso begrüßte die anderen Vertreter der Behörden das neue Werk, das sich der deutschen Krüppelfürsorge fördert anschließt.

Eine Festschrift anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Oskar-Helene-Heims gibt einen Einblick in die erfolgreiche praktische und wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge, der Orthopädie, Krüppelpädagogik und -psychologie dieser Zentralforschungs- und Fortbildungsanstalt für die Krüppelfürsorge in Preußen und im Deutschen Reich. Ueber das neue Museum selbst berichteten wir bereits ausführlich. Es kommt jetzt darauf an, die Erfahrungen der Krüppelheilkunde und Krüppelpädagogik in leicht fasslicher Form dem gesamten Volke zu übermitteln.

## Ein brutaler Chemann.

Im Verlaufe eines Streites nach der Arbeiter V., der in der Prinz-Handjery-Str. 74 zu Reutlingen wohnt, mit einem dachartigen Keller wie sinnlos auf seine 26jährige Frau Gertrud ein und bearbeitete sie außerdem mit den Händen. Auf die hilflose der schwerverletzten Frau eilten Mieter hinzu, die die Frau V. mit großer Mühe aus den Händen des Tobenden befreiten. Sie hatte unglücklicherweise tiefe Messerwunden am Kopf, an den Beinen und Armen erlitten. Der Körper wies zahlreiche Beulen und Geschwülste auf, die durch die Schläge hervorgerufen wurden. Der Arzt der nächsten Rettungsstelle, der herbeigerufen wurde, leitete der Schwerverletzten erste Hilfe und sorgte für ihre Ueberführung in das Neutöllner Krankenhaus, wo sie bedenklich darniederliegt. V. soll die Tat in der Trunkenheit begangen haben.

Ein Dachstuhlbrand, dem wahrscheinlich Brandstiftung zugrunde liegt, kam heute morgen auf dem Grundstück Küstner Straße 24, Ecke Marktgraben-Abrecht-Straße 8 in Hallesau aus. Passanten haben um 7 Uhr Rauch und Flammen aus dem Dachstuhl hervordringen, alarmierten die Hausbewohner und die Feuerwehr, die bald mit drei Jünger zur Stelle war. Die Wehr und die Kriminalpolizei stellten fest, daß auf dem Boden mehrere Verschläge erbrochen worden waren. Vermutlich haben Bodenbrecher das Feuer verurteilt. Die Feuerwehr hatte mit dem Ueblichen mehrere Stunden zu tun. Der Dachstuhl an der Marktgraben-Abrecht-Straße brannte vollständig nieder.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

## Kanalisationunglück in London.

London, 8. Januar. (U.) Gestern nachmittag stürzte hier ein Kanalisationskasten ein, wobei sechs Kanalarbeiter eingeschlossen wurden. Zwei von ihnen konnten in verletztem Zustande gerettet werden, während die anderen vier trotz verzweifelter Anstrengungen bisher nicht befreit werden konnten. Man hat die Hoffnung aufgegeben, die vier Arbeiter noch lebend retten zu können, um so mehr, als der Schacht und der Tunnel unter Wasser stehen.

Todessturz zweier amerikanischer Flieger. Nach einer Meldung aus San Antonio in Texas sind zwei amerikanische Flugschüler aus einer Höhe von 1500 Fuß abgestürzt.

Schweres Grubenunglück in Sibirien. Wie aus Weningrad gemeldet wird, ist in Romosibirsk eine Kohlengrube eingeschürzt. 22 Bergarbeiter fanden den Tod. Das Unglück ist auf Vernachlässigung der technischen Einrichtungen zurückzuführen.

Der drahtlose Telephonverkehr zwischen London und New York ist soden aufgenommen worden, und zwar mit einem Antisprech zwischen dem englischen Generalpostsekretär und dem Präsidenten der amerikanischen Telegraphen Company. Anschließend daran wurde die Verbindung dem öffentlichen Verkehr übergeben.

